

## Heißer Sommer in Italien

Manch einer, so z. B. PRC-Parteivorsitzender Franco Giordano, hat schon vor der Sommerpause einen heißen Herbst gegen die Vorhaben der Regierung Prodi im sozialen Bereich angekündigt. Aber auch der Sommer war nicht gerade kühl: Süditalien wurde von Waldbränden heimgesucht, und die politische Debatte hat dieses Jahr fast kein Sommerloch erlebt. Sogar in der Woche um den Feiertag Ferragosto, den 15. August, also mitten in der Hochsaison, wenn fast alle Italiener am Strand liegen, war nach dem Massaker in Duisburg mal wieder von der „Malavita organizzata“, dem organisierten Verbrechen, die Rede. Außerdem entflammte eine Debatte über die Regierungspolitik. Noch von ihrem Urlaubsort waren Politiker aus ein und derselben Partei bemüht, ihre Meinungsunterschiede herauszustellen. So Walter Veltroni, Bürgermeister von Rom, ehemaliger Chef der Linksdemokraten (DS) und Rosy Bindi, Familienministerin und Vertreterin der Margherita. Beide streben den Vorsitz der Demokratischen Partei (PD) an, die nach den Vorwahlen im Oktober aus der Fusion von DS und Margherita entstehen wird. Rosy Bindi wirft dem römischen Bürgermeister vor, die neue Partei als starker Mann dominieren zu wollen.

Inzwischen behauptet Veltroni in Interviews, er wolle Innovation für das Land. Er lobt den französischen Präsident Sarkozy für dessen Öffnung nach links. „Es gibt viele Menschen aus dem Mitte-Rechts-Lager, die ich schätze“ beteuert der Buonista-Bürgermeister. Die würde er gern in einer Regierung mit sich selbst als Ministerpräsident sehen. Francesco Rutelli (Margherita), der sogar nach Meinung seines Parteifreundes Verteidigungsminister Arturo Parisi neozentristische Positionen vertritt, geht ebenfalls davon aus, dass auch andere Regierungskonstellationen als die gegenwärtige Mitte-Links-Koalition möglich wären. Soll heißen, er würde die Linke – Rifondazione (PRC) und Comunisti Italiani (PdCI) – am liebsten durch die auf Mitte-Rechts-Positionen stehende UDC ersetzen. Dann wäre man den Druck der Linken, die er und Veltroni als konservativ bezeichnen, ein für allemal los. Für „innovative“ Politiker wie Rutelli und Veltroni sind linke Forderungen wie die Umverteilung von oben nach unten oder die Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse nämlich konservativ. Steuersenkungen für Unternehmen, befristete Arbeitsverträge ohne Rücksicht auf Arbeitnehmerrechte und Anhebung des Rentenalters gelten den neuen Demokraten dagegen als Innovation. Das ist Veltronis „Zehn Punkten“ zur Steuerpolitik zu entnehmen, in denen er Arbeitgeberverbandschef Montezemolo zitiert. Durch die Formierung der PD sei die Regierung gestärkt worden, meint Veltroni: Dass dem so ist, beweist die erzielte Vereinbarung über die Renten- und Sozialreform, die an den von Berlusconi eingeführten Gesetzen nichts Grundsätzliches ändert.

Trotz der Sommerpause wurde auch Premier Prodi regelmäßig interviewt. Da das Thema Steuern den Monat August beherrscht hat, musste er zum Schluss dazu à la Berlusconi sagen: „Weniger Steuern für alle“. Betont hat er immerhin, dass man in puncto Steuerhinterziehung größere Ergebnisse erzielen müsse.

Die Regierung habe noch keine Antwort auf die Hauptprobleme gegeben, die zur Abwahl von Berlusconi führten, liest man in einem Demo-Aufruf der kommunistischen Tageszeitungen Liberazione und Il Manifesto. „Eine Wende ist notwendig“ so der Aufruf, den neben der PRC und der PdCI zahlreiche Gewerkschafter wie Gianni Rinaldini, Vorsitzender der Metallgewerkschaft FIOM, Anhänger der im Frühling aus der DS ausgetretenen Bewegung Demokratische Linke, Friedensorganisationen,

Lesben- und Schwulenverbände sowie einzelne Persönlichkeiten unterzeichnet haben. Die Aktion am 20. Oktober stelle den Versuch dar, den Kontakt der Regierung zu ihren Wählern wieder herzustellen, sagt PRC-Chef Giordano, der den Verlust einer „emotionalen Bindung“ zu „unserem Volk“ bedauert. Die Linke destabilisiere nicht die Regierung, sondern Politiker wie Vizepremier Rutelli, meint Giordano. Der könne ruhig das Regierungsprogramm wechseln, aber dann müsse man auch über die Regierungszusammensetzung neu reden.

Angesichts der Überschüsse aus dem Kampf gegen die Steuerhinterziehung, den die Unternehmen selbstverständlich für weitere Vergünstigungen ausnutzen möchten, plädiert Parlamentspräsident Fausto Bertinotti für eine Umverteilung von oben nach unten: Das würde dazu beitragen, die soziale Ungleichheit zu mildern.

Auf der anderen Seite droht Umberto Bossi, der charismatische Anführer der Lega Nord, sogar mit Gewehren gegen Rom und Süditalien, die nach seiner Ansicht Norditalien alle Ressourcen aussaugen. Er hat die Norditaliener zum Steuerstreik gegen die „Diebe von der Regierung“ in Rom aufgerufen. Das sei auch ein Weg, meint Bossi, die Regierung zu stürzen. Da im rechten Lager zur Zeit eine gewisse Desorientierung herrscht, könnten die Sprüche des erfahrenen Populisten durchaus Aufsehen erregen. Andererseits sind die Schwierigkeiten der Rechten durch solche Provokationen kaum zu kaschieren. Vielleicht hat der ehemalige Regierungschef Berlusconi auch deshalb ein sommerliches Kaninchen aus dem Hut gezaubert: Eine seiner treuen Parteigängerinnen, die junge Unternehmerin Michela Brambilla aus Norditalien, die schon letztes Jahr den Verband „Circolo della Libertà“ (Zirkel der Freiheit) gründete, hat jetzt Namen und Logo der „Partito della Libertà“, – „Partei der Freiheit“ europaweit schützen lassen. Die Rechte daran hat sie sofort an Berlusconi weitergegeben. Das neue Geschöpf der Oppositionsführer hat deren Parteifreunde in Verwirrung gestürzt, denn keiner scheint etwas davon gewusst zu haben. Man spekuliert, dies sei die neue Marketing-Strategie des Managers Berlusconi, um junge, frische Kräfte zu gewinnen, denn viele Italiener leiden inzwischen an Politikverdrossenheit. Das eigentliche Motiv ist aber offenbar der Wunsch des Medienzaren, alle rechten Parteien unter einen Hut zu bringen. Dass aus solchen Vereinigungsträumen etwas wird, ist wegen vieler Bedenken der anderen befreundeten Parteien kaum zu erwarten. Berlusconi, der im Frühjahr Worte des Lobes für das Fusionsprojekt der PD äußerte, wird sich in Geduld üben müssen. Falls aber in Italien ein neues Mehrheitswahlsystem eingeführt wird, so mag der mit allen Wassern gewaschene Populist denken, ist er vorbereitet: Der Behälter für seine Sammelpartei steht schon bereit.

Paola Giaculli  
03.09.07